

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Volkzeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beilage. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72208 — **Verkaufsstelle Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10 Spalten, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorteil 40 Pf., Stellenangebote 10 Spalten, Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10 Spalten, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate n. ausw.: die 10 Spalten, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorteil, 50 Pf., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Schlussarbeit in Genf.

### Der redende Stresemann.

„Doch kaum war ihm das Wort entfahren...“

Herr Dr. Gustav Stresemann, Deutschlands Außenminister und erster Delegierter im Völkerbund, ist am Mittwoch von Genf alle große Arbeit erledigt worden ist, genügt es, wenn für das Kleinzeig die di minores, die niederen Götter Deutschlands Interessen wahrnehmen. Herr Stresemann also kommt nach Berlin, bringt die Friedenspalmen von Genf und Thoiry mit und kann sich jetzt feiern lassen, daß ihm das gelungen sei, was im März vorbeiging. Kurz und gut, bei so viel geleisteten Taten sollte von diesem großen Nimbus, den Gustav Stresemann nunmehr von seinen lieben Deutschen bewundern lassen kann, ein kleiner Schimmer, so meinte Stresemann, auch denen zuteil werden, die in Genf selbst mit deutscher Staatsangehörigkeit ihr Leben fristen. Herr Stresemann also sprach am Abend vor seiner Abreise in der Genfer deutschen Kolonie. Und beweist er in einer Kolonie sprach, war ein Punkt seiner zu haltenden Rede bereits gegeben: „Unseren Anspruch auf Kolonien machen wir geltend wie jedes andere Volk.“ Was zu den Kolonialwünschen Herrn Stresemanns zu bemerken ist, haben wir ihm mit aller Deutlichkeit schon vor einiger Zeit erst gesagt. Wir werden auf der Hut sein.

Aber da nun Herr Stresemann merkte, daß sein Redefluß sich, schon dahinschob, und er sah, daß in solcher Umgebung man die Worte nicht so fein und genau abzurufen hätte, wie das unter den gewiegten Diplomaten des Völkerbundes notwendig, da sieh er dem Strom freien Lauf. Und rebete also von der Wiederherstellung der deutschen Souveränität auf deutschem Boden, von der Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts dort, wo es verfehlt sei, rebete vom Saargebiet und dem Rheinland, von dem, was man hinter den verschlossenen Türen von Thoiry ausgemacht, rebete von der „großen Frage“, ob die Befestigung des deutschen Gebietes noch vereinbar sei mit der durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geschaffenen Situation.

Das alles schrieb sich nun Wort für Wort, und wenn es ihm gefiel, auch noch ein Wort mehr, als Gustav gesagt, der Vertreter des französischen Havasbureaus auf. Fünf Minuten später ging der junge Mann aufs Telegraphenamt und am nächsten Morgen konnte man in großer Aufmerksamkeit in den Pariser Blättern lesen, daß Stresemann Vertrauliches ausgeplaudert, nationalifistisch und ansonstwie geredet habe. Und daß Stresemann nun endlich einmal wie ein kerndeutscher Mann gesprochen, das brachte auch den Genfer Vertreter der Jugenberghischen Telegraphen-Union in Begeisterung, und auch er bepefcherte.

Darauf läßt nun die Reichsregierung einen neuen abgemilderten offiziellen Text durch dieselbe Tel.-Union nochmals verbreiten, beweist eben die erste Fassung so viel Aufsehen erregt habe. Herr Stresemann selbst hat nun auch seinerseits noch den Sturm zu beschwichtigen versucht durch eine Erklärung, die er kurz vor seiner Abreise nach Berlin den Vertretern der Weltpresse gab. In ihr heißt es:

„Ich möchte nun zu einigen Gerüchten Stellung nehmen, die hier aufgetaucht sind in bezug auf eine Rede, die ich gestern vor der deutschen Kolonie gehalten habe. Ich habe auf eine Begrüßungsansprache des Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß wir in Genf einen großen Schritt vorwärts gekommen sind, und zwar habe ich dabei darauf hingewiesen, daß heute zwischen Frankreich und Deutschland weiter verhandelt wird, nicht über die Verminderung der Befestigung um irgendeine Ziffer, sondern um die ganze Frage der Rheinlandräumung und um die Frage des Selbstbestimmungsrechts des Saargebietes zu Deutschland. Damit habe ich keine Indiskretionen begangen, da mir die Havas-Nachricht vorlag über den getriggen französischen Ministerrat, in dem ganz offen von diesen Fragen gesprochen worden ist. Ich habe im Zusammenhang mit der Regelung der Saarfrage vom Selbstbestimmungsrechte der Völker gesprochen und damit auch die vielleicht stattfindende Volksabstimmung im Saargebiet über seine Rückkehr zu Deutschland angedeutet.“

Wir wollen hier nicht untersuchen, was Stresemann gesagt habe oder nicht, ob er eine Indiskretion beging oder nicht, ob jetzt alles gut und in Ordnung oder nicht: uns genügt, daß Herr Stresemann so etwas offener und etwas weitherziger unter seinen Genfer Landsleuten sprach als in jenen Reden, mit denen er in den Genfer Völkerbundsitzungen den Weltfrieden besang. Und wenn er nur von den Kolonien sprach, dann genügt uns dies, daß wir diesen seinen Bestrebungen den schärfsten Widerstand des deutschen Proletariats entgegensehen. Schließlich hat Herr Stresemann seine Geschichte, und diese Geschichte wird bedingt durch bestimmte Interessen einer Klasse, die Herrn Stresemann zu seinen Ämtern wie zu seinem Ruhme verhalf. Diese Klasse ist der Todfeind des Proletariats.

### Die Besprechungen in Thoiry.

SPD. Das offizielle Kommuniqué über den französischen Ministerrat vom Dienstag wird am Mittwoch von der Havas-Agentur durch eine zweifelslos von amtlicher

Seite stammende Erläuterung ergänzt. In ihr wird zum ersten Mal von einer zuständigen Seite offen bestätigt, daß im Mittelpunkt der Beratungen in Thoiry die Räumung des Rheinlandes, die Rückgabe des Saargebietes und als Gegenleistung die Mobilisierung eines Teiles der Reichsbahnstationen ge-standen haben. Es heißt dann in der Erläuterung weiter, daß der Artikel 431 des Friedensvertrages von Versailles die Räumung des Rheinlandes vor den vorgesehene Zeitfristen gestattet, und zwar unter der Bedingung, daß Deutschland alle seine Verpflichtungen erfüllt hat. In bezug auf die Reparationen wird diese Erfüllung anerkannt, während die Entlastungsforderungen der alliierten Regierungen noch nicht zur Zufriedenheit durchgeführt sein sollen.

Dieses unerquickliche Entwaffnungsproblem ist in Genf zwischen Mitgliedern der französischen und deutschen Delegation ebenfalls eingehend erörtert worden. Die Grundlage dieser Verhandlungen bildeten die kurz vor der Genfer Tagung an die Botschafterkonferenz abgeschickten Antwortnoten der Reichsregierung auf die letzten Entlastungsforderungen der alliierten Mächte. Im wesentlichen sind diese Forderungen durchgeführt. Das wurde auch in Genf ausdrücklich festgestellt. Der Erfüllung hatten noch einzelne Forderungen, die sich auf die Festungswerke in Königsberg und auf die Vaterländischen Verbände bezogen. Es ist anzunehmen, daß auch sie bald erfüllt werden, wie es in Genf zugesagt wurde, und die Militärkontrollkommission endlich aufgehoben wird.

### Zwischenfall in der Abrüstungskommission.

SPD. Genf, 22. September.

Die vorbereitende Abrüstungskommission, die am Mittwoch ihre zweite Session begann, erlebte eine unvorhergesehene, wenn auch durchaus natürliche, ja, man kann sagen, erwünschte Ueber-raschung. Der amerikanische Delegationschef Gibson erklärte, daß die Militärkommission A sich bei ihren Arbeiten viel zu sehr von politischen Gesichtspunkten habe leiten lassen, anstatt sich streng auf dem ihr zugewiesenen militärtechnischen Boden zu halten. Er stellte deshalb den Antrag, daß die Militärkommission sich in Zukunft streng an ihre Instruktionen halte und die bisherigen Ergebnisse ihrer Arbeiten bei der zweiten Sitzung in diesem Sinne nochmals überprüfe. Ferner soll die Militärkommission A in ihrem Bericht alle diskutierten Auffassungen ausführlich wiedergeben.

Die spanische Regierung hat der vorbereitenden Abrüstungskonferenz mitteilen lassen, daß ihre Vertreter wie bisher an den Beratungen der Kommission teilnehmen werden. Dagegen hat die brasilianische Regierung wissen lassen, daß sie jede Teilnahme an den Völkerbundsarbeiten ablehnt.

In der Nachmittags-sitzung des Ausschusses stieg der Antrag der amerikanischen Delegation auf **harten Widerstand der Vertreter Italiens, Rumaniens und Belgiens**. Sie alle wehrten sich mit der Versicherung, daß die militärische Kommission sich immer sehr geföhrt habe, auf politische Nebenspfade zu geraten, und erklärten, daß mit der Annahme des amerikanischen Vorschlages die ganze bisherige Arbeit der Konferenz gefährdet werden könnte. Lord Robert Cecil versuchte zu vermitteln, indem er vorschlug, einen sechsgliedrigen Ausschuss einzusetzen, um die Tätigkeit der technischen Kommissionen in Zukunft fortlaufend zu beaufsichtigen. Gegen diesen Antrag wandte sich u. a. de Brodère mit dem Hinweis, daß in einem solchen Ausschuss neben den fünf Großmächten die kleinen Staaten keine genügende Vertretung erhalten würden. Schließlich einigte man sich auf die Einsetzung eines dreigliedrigen Ausschusses, der aus Gibson (Vereinigten Staaten), Perez (Argentinien) und de Marini (Italien) besteht. Dieser Ausschuss hat die Aufgabe, bis Donnerstag nachmittags den amerikanischen Antrag in einer annehmbaren Form vorzulegen. Bemerkenswert war, daß die französische Delegation während der ganzen Debatte schwie.

SPD. Genf, 22. September.

Die erste Kommission der Völkerbundsversammlung hat dem von der dritten Kommission bereits angenommenen Antrag Jugoslawiens, wonach der Völkerbundsrat die Grundzüge der Locarno-Verträge allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes empfehlen und den Abschluß ähnlicher Verträge möglichst fördern soll, nach einer langen Debatte zugestimmt. Der Zusatzantrag Finnlands, daß die Anerkennung der Locarno-Grundsätze nicht auch eine Zustimmung zu dem besonderen Protokoll über die Ausnahmefälle Deutschlands in bezug auf Artikel 16 des Völkerbundsvertrages bedeuten, soll nur vom Berichterstatter „in angemessener Weise“ erwähnt werden.

### Italienischer Protest in Paris.

Rom, 22. September.

Die Tribuna berichtet, der italienische Botschafter in Paris habe bei der französischen Regierung Protest gegen die Kundgebungen vor dem italienischen Konsulat in Bastia erhoben. Poincaré habe sein Bedauern über den Zwischenfall ausgesprochen und energische Maßnahmen gegen die Schuldigen und die verantwortlichen Beamten versprochen.

## Politische Säuberung.

(Von unserem tschechoslowakischen Berichterstatter.)

J. B. Die verschiedenen Standaalkassen, die sich gegenwärtig in der Tschechoslowakei abspielen, ziehen die letzten Schleier von den edelgeformten Gestalten mancher Politiker, die bisher in der „Beta“, dieser allmächtigen Vertretung der allmächtigen fünf Koalitionsparteien, die mehr als Regierung und Parlament, die alle zu sagen hatte, saßen. Es gehörte ein großes Maß von Charakterfestigkeit dazu, hier nicht zu straucheln, die Nacht nicht auszunützen, nicht mit dem Gedanken zu kokettieren, daß man sie für seine Person noch erweitern könne. Die diversen Geschäfte der Koalitionsparteien waren hinlänglich bekannt. Der Schacher mit den Kohleneinjuryscheinen aus dem Ausland, die einfach den fünf herrschenden Parteigruppen geschickt wurden, damit sie monatlich rund 80 000 Kronen an ihrem Verkauf verdienen konnten, die Aufstellung der Bahnhofsbuchhandlungen nach dem Parteilichkeitsmaß, die Protektion bei der „Bodenreform“, die Angehörige der Koalitionsparteien genossen, das alles hat man schon bisher gewußt. Und weil man vieles wußte und doch nicht alles, weil noch mancherlei Geheimnisse mehr geschäftlicher als politischer Natur vorhanden sind, dachten die Mitwisser, es sei eine Bereinigung auf Geheiß und Verberb, die da geschlossen wurde. Niemand könne aus seiner Reserve heraus, weil er doch immer die Enttäuschungen des andern zu fürchten habe.

Damit scheint auch Stribrny, der bis vor kurzem allmächtige Führer der tschechischen Nationalsozialisten, gerechnet zu haben. Aber er hat sich doch ein wenig verrechnet. Die Parteivertretung hat ihn am 18. September mit noch drei seiner Spiegelgleichen, darunter einem weiteren Abgeordneten und einem Ministerialrat, der früher Sekretär eben der „Beta“ war, mit 95 gegen 42 Stimmen bei 29 Enthaltungen rechtskräftig aus der Partei ausgeschlossen. Die beiden ausgeschlossenen Abgeordneten verlieren damit nach dem geltenden Wahlgesetz auch ihre Mandate. Anlässlich des Ausschusses kam es zu einem heftigen Konflikt zwischen der Parteileitung und dem Generalsekretär der nationalsozialistischen Gewerkschaft, Mgr. Tucny. (Die Gewerkschaft ist sehr stark und zählt über 300 000 Mitglieder.) Tucny setzte sich sehr stark für Stribrny ein und verließ mit etwa 15 seiner Gefinnungsgenossen demonstrativ den Parteifongreß, der am Tage nach der Sitzung der Parteivertretung in Brünn stattfand. Trotzdem wurde er zum Vizepräsidenten der Partei gewählt, weil man es doch nicht mit den Gewerkschaften verderben will. Andererseits haben jedoch die Vertreter aller staatlichen und öffentlichen Angestelltenorganisationen erklärt, daß sie sich bedingungslos hinter die Parteileitung stellen, weil sie die Parteivertretung bei der Durchsetzung ihrer Forderungen brauchen. Die Arbeitergewerkschaften haben sich dieser Erklärung nicht angeschlossen.

Der Fall Stribrny ist symptomatisch für die „politische“ Atmosphäre, die jetzt während der Geburtswehen der neuen Mehrheit vorhanden ist. Stribrny bekleidete alle möglichen Funktionen in der Partei, war mehrfach ihr Minister, u. a. Eisenbahnminister und dann Kriegsminister. Als solcher hatte er eine auffallende Freundschaft für Gajda gezeigt. Am Parteifongreß ist auch der Legionärsabgeordnete David aufgetaucht und hat an eine Begegnung mit Gajda im Wohnzimmer des Kriegsministers Stribrny erinnert, bei welcher ihn Gajda sagte, Stribrny sei ein seiner Kerl und man werde hoffentlich bald einen neuen Ministurz machen — aber mit den Nationalsozialisten. Diese Enthüllung hat den Parteitag in lebhafter Ausregung verkehrt: merkwürdigerweise kam niemand auf den Einfall, David zu fragen, warum er das nicht früher erzählt hatte, als Stribrny noch Minister war.

Solange es nur um den Staat ging, hatte offenbar niemand das Bedürfnis, hier einzuschreiten. Erst als dem angehenden Diktator der Außenminister Beneš im Wege zu sein schien und eine lebhaftige Attacke gegen ihn einsetzte, schien man es für nötig zu halten, gegen Stribrny vorzugehen. Allerdings nicht offen, dazu reichte der Mut doch nicht aus, sondern indem man über ihn auszureute, er habe Syphilis und es drohe eine Paralyse. Ob das richtig ist oder nicht, interessiert hier wenig. Als Stribrny sich in nicht gerade taktvoller Weise zur Wehr setzte, er fand man die Ursache als ausreichend, ihn auszuschließen: nicht wegen seiner Beziehungen zu den Faschisten und wegen seiner unsauberen Manipulationen, sondern wegen „Disziplinbruchs“, weil er Parteidifferenzen der Öffentlichkeit vorgetragen hatte. Diese Art der „Parteisäuberung“ scheint wenig ehrlich gemeint zu sein und man wird nicht fehlgehen, wenn man sagt, es sei nur die Furcht vor der Öffentlichkeit, die sie diktiert. Beneš ist Masaryk, das weiß man und weiß es besonders bei den Nationalsozialisten, deren Parteiläufer Beneš ist. Und Masaryk ist heute in der Tschechoslowakei ein Programm, das man nicht so ohne weiteres verlassen kann, will man nicht der schwärzesten Reaktion zugehört werden. So opferte man lieber den Kopf und wird vielleicht noch mehr opfern, ehe man den Selbstmord der Partei riskiert. Masaryk hat dem Parteitag auf ein Begrüßungs-telegramm geantwortet, nicht jede Krise sei ein Ruin, sie könne aber der Beginn eines neuen Lebens sein, und er wünsche, daß es diesmal so werde.